

SPD fordert Konsequenzen

geschrieben von jh_admin am 24.08.2012, 14:04 Uhr

Zu den Vorgängen um die Eckernförder Entbindungsstation erklären der SPD-Kreisvorsitzen-de Sönke Rix, MdB, und die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Serpil Midyatli, MdL:

Wenn es gelingt, die Geburtsstation in Eckernförde zu halten, dann ist das in erster Linie dem Engagement der zahlreichen Bürgerinnen Bürger aus Eckernförde und Umgebung zu verdanken.

Unabhängig vom Ausgang zeigen die aktuellen Vorgänge, dass weitere Konsequenzen gezogen werden müssen:

1. Der Gesellschaftervertrag muss ggf. überarbeitet werden, damit zukünftig ausgeschlossen ist, dass die Geschäftsführung weitreichende Entscheidungen, wie die Schließung einer Station, alleine trifft und die Gesellschafterversammlung dies aus den Medien erfährt.
 2. Die Form einer GmbH ist nur die zweitbeste Lösung für ein Krankenhaus in kommunaler Trägerschaft. Das Krankenhaus sollte als Eigenbetrieb geführt werden. So wäre gewährleistet, dass die Verantwortung und die Entscheidungen tatsächlich in Händen der gewählten Vertreter des Kreises sind, die sich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dafür rechtfertigen müssen.
 3. Die Lasten, die sich durch die Haftpflichtversicherung für Ärzte ergeben, müssen auf alle Ärzte gerecht verteilt werden.
 4. Die Bezahlung von medizinischen Behandlungen muss bundesweit vereinheitlicht werden.
-

Gedruckt aus: : <http://www.spd-rd-eck.de>
<http://www.spd-rd-eck.de/mod.php?mod=article&op=show&nr=12226>